

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Dr. Hübner  
und weiterer Abgeordneter

**betreffend keine EZA-Leistungen für bei der Rücknahme ihrer Staatsbürger unkooperative Länder**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1260 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2017 (Bundesfinanzgesetz 2017 - BFG 2017) samt Anlagen (1338 d.B.), TOP 4, in der 154. Nationalratssitzung, UG 12 – Äußeres**

In den meisten Fällen scheiterten bisher außereuropäische Abschiebungen von illegal in Österreich aufhältigen Personen (insbesondere abgewiesenen Asylwerbern) auch an der mangelnden Kooperationsbereitschaft der Herkunftsländer, die oft Empfänger (oder sogar Schwerpunktempfänger) internationaler Entwicklungshilfe sind. Auch Österreich trägt (bilateral und multilateral) zu den Entwicklungsbemühungen bei.

Der fortgesetzte Aufenthalt „illegaler Ausländer“ im Bundesgebiet verursacht beträchtliche Kosten, die jährlich jedenfalls einen Betrag von € 150 Mio. übersteigen. Die Herabsetzung dieses Aufwandes und die Beseitigung der illegalen Zustände sollten Priorität der österreichischen Außen- und Budgetpolitik sein.

Entwicklungshilfe sollte angesichts dieser Zahlen dringend an die Bereitschaft der Entwicklungsländer (insbesondere der afrikanischen Staaten) zu koppeln sein, ihre Staatsbürger, die illegal nach Europa einzuwandern versuchen, die in Europa strafrechtlich verurteilt wurden oder denen kein Asylstatus oder subsidiärer Schutz zugestanden wurde, unverzüglich und bedingungslos zurückzunehmen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- a.) keine EZA-Leistungen mehr an Länder zur Verfügung zu stellen, die entweder keine Abkommen zur Rücknahme ihrer Staatsbürger nach den Forderungen Österreichs abschließen oder bei der Ausstellung von Rücknahmezertifikaten nicht kooperativ sind und
- b.) sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass auch aus Gemeinschaftsmitteln keine Unterstützungszahlungen an im o.g. Sinn unkooperative Länder mehr ausgezahlt werden.“

*Bord* *Ge*  
*[Signature]* *[Signature]*  
*[Signature]*

